

PRESSE-ERKLÄRUNG

anlässlich des SZ-Berichts vom 13. Nov. 2019, Seite A8

"1000 Meter zwischen Windrad und Haus"

15.11.2019

5 000 Windräder im dicht besiedelten Saarland?

Es vergeht inzwischen kaum eine Woche, in der nicht die Windkraftindustrie und ihre Unterstützer die massive Beschneidung demokratischer Bürgerrechte und des Naturschutzes fordern, um Geschäft und Erträge wieder auf Hochtouren zu bringen. Dabei beklagt man die aktuell geringen Zuschlagszahlen im Ausschreibungsverfahren und schiebt die "Schuld" hierfür den Genehmigungsbehörden und den betroffenen Bürgerinitiativen zu, die einfach nur die Beachtung ihrer ohnehin schon geringen Rechte anmahnen und diese notfalls auch schon mal einklagen.

Mit zunehmend aggressiverem Stil ist sich die Windkraft-Lobby auch nicht zu schade, sich mit Umweltorganisationen wie der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zu verbünden. Dabei bleibt geflüssentlich unerwähnt, dass die Bundespolitik die bis 2016 äußerst üppigen Stromeinspeisungsgarantien rechtlich neu regeln musste, weil der Strom sonst für Staat, Wirtschaft und Haushalte nicht mehr bezahlbar gewesen wäre.

Im Vorgriff auf diese Umstellung wurden vor dem 31.12.2016 Unmengen an Windkraftprojekten eingereicht und zur Sicherung der bis dahin großzügigen Konditionen zügig genehmigt. Dies führte zu einem Boom an Windräder-Installationen in den Jahren 2017/2018. Erst danach hatte man in der Branche wieder den Kopf und Personalkapazitäten frei, um neue Projekte zu planen. Jetzt aber zu akzeptieren, dass die fetten Jahre vorbei sein sollen und dass die Bundesnetzagentur nun bei jeder Ausschreibung für die Gebote der Windkraftinvestoren auch noch Höchstpreise vorgibt, empfindet man in der Branche womöglich als Zumutung.

Wenn man sich die Ausschreibungsergebnisse der Bundesnetzagentur für die Terminserie in 2018 und 2019 anschaut, dann wird man das Gefühl nicht los, dass sich ein Verweigerungskartell gebildet hat, das den staatlich vorgegeben Preisrahmen einfach nicht akzeptieren will. Mit ständigen Hinweisen auf die niedrigen Windkraftinstallationen der letzten Quartale soll wohl in der Bevölkerung ein Gefühl von Politikversagen erzeugt werden, was dazu genutzt werden könnte, höhere Preise bei der Bundesnetzagentur durchzusetzen.

Wenn man sich die grundsätzliche Frage stellt, welchen Beitrag die Windkraft für unsere Stromversorgung leistet und welchen Preis wir alle, die von Windkraft betroffenen Bürger aber in besonderem Maße bezahlen müssen, dann fragt man sich schon, warum immer mehr Windräder in die Landschaft gestellt werden sollen, wenn die Windkraft auch nach 20 Jahren Forschungs- und Entwicklungszeit nicht in der Lage ist, zuverlässig und preiswert zu liefern.

Beim Ziel der totalen Umstellung des gesamten Primärenergieverbrauchs rechnet offensichtlich niemand mal durch, wie viele Windräder dafür benötigt würden. Da in Deutschland bei den "Erneuerbaren" nur Windkraft und Photovoltaik skalierbar sind und beide zusammen in 2018 nur 4,3% lieferten, ergibt das prozentual hochgerechnet einen Faktor von 23. Die aktuelle Zahl von 30.000 Windräder müsste also auf 690.000 Windräder hochgeschraubt werden. Für das Saarland ergibt sich bei vergleichbarer Rechnung eine Zahl von rund 5.000 Windkraftanlagen. Wo sollen die

in unserem dicht besiedelten Saarland alle stehen? Werden wir dann auch in Saarbrücken am Standen welche aufstellen und in Saarlouis auf dem Großen Markt?

Wenn das Fraunhofer-ISE-Institut von Zeit zu Zeit stolz neue Rekordzahlen für "Strom durch Windkraft" verkündet, dann ist dem Bürger dabei leider nicht bewusst, dass es sich um gezielt herausgesuchte Zeiträume mit Rekordzahlen handelt, die sich zufällig über mehr oder weniger Tage mit außergewöhnlich viel Wind ergeben hatten.

Dem Bürger ist auch nicht bewusst, dass dieser Windstrom nur deshalb in die Steckdosen der Haushalte und die der Industrie fließt, weil das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den "Erneuerbaren" einen Einspeisevorrang garantiert und den konventionellen Energieträgern die Einspeisung in solchen Situationen verweigert.

Dem Bürger ist nicht bewusst, dass auch noch so viele Windräder unseren täglichen Energiebedarf nicht zuverlässig decken können, und zwar aus dem einfachen Grund, weil der Wind nun mal nicht immer weht und effizienten sowie bezahlbaren Speichertechnologien weder jetzt noch in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen.

Dem Bürger ist ebenso wenig bewusst, dass in Fällen von wenig bis gar kein Wind und sogar bei zu viel Wind die konventionellen Energieträger Kohle und Kernkraft einspringen müssen und wir - salopp formuliert - unsere Stromversorgung doppelt bezahlen müssen.

Dem Bürger ist auch nicht bewusst, dass Deutschland und besonders wir im Saarland inzwischen verstärkt von Cattenom aus versorgt werden, damit wir nicht plötzlich für längere Zeit im Dunkeln stehen: Ohne Fernseher, ohne Heizung, ohne Wasser!

Und wenn Cattenom an der deutsch-luxemburgischen Grenze nun zusätzlich zwei weitere Blöcke bekommen soll, dann doch nur, weil dieser Strom irgendwo in der Nähe dringend gebraucht wird. Da tippt man wohl nicht falsch, wenn man an Luxemburg und ... ans Saarland denkt.

Dem Bürger ist auch nicht klar, warum wir in Deutschland die höchsten Strompreise Europas zahlen müssen, wenn doch Sonne und Wind keine Rechnung schicken, wie es so gerne von den Befürwortern formuliert wird.

Das europäische Ausland beobachtet die Entwicklung im "Musterland Deutschland" mit besonderem Interesse. Macron schmunzelt vermutlich, wenn er solche "Nouvelles d'Allemagne" morgens auf seinem Schreibtisch findet, zumal er weiß, dass er mit seinen 58 AKW-Blöcken nicht nur die CO₂-Vorgaben des Weltklimarates locker erfüllen, sondern darüber hinaus seinen Bürgern und Unternehmen den Strom zum halben Preis liefern kann.

Unsere Bundespolitik dagegen lässt unter dem Druck von wie auch immer finanzierten Umweltverbänden funktionierende, aber "böse" Kraftwerke mit Milliardenaufwand abreißen und subventioniert mit weiteren Milliarden "gute" Kraftwerke und "intelligente Netze", die alles können, nur nicht zuverlässig Strom liefern, weder für Privatleute noch für die Wirtschaft, die zum Erhalt unserer Arbeitsplätze aber auf zuverlässigen und bezahlbaren Strom angewiesen ist.

Diese wenigen hier beschriebenen Zusammenhänge dürften jedem zeigen, dass das Projekt Energiewende, das nun schon seit 20 Jahren mit Summen bis zu 30.000.000.000 (Klartext: 30 Milliarden) EURO/Jahr subventioniert wird, bis zum heutigen Tag nicht wirtschaftlich funktioniert und auch in Zukunft aufgrund eines Flächenbedarfs, den Deutschland schon rein rechnerisch nicht bereitstellen kann, ohne ausländische Hilfslieferungen nicht funktionieren kann.

Für ein solches Projekt mit einer unausgereiften Konzeption, um nicht zu sagen einer Fehlkonstruktion, sollen nun Menschen im direkten Einzugsgebiet einen Preis bezahlen, der durch gesundheitliche Schäden und massive Vermögenseinbußen gekennzeichnet ist.

Der von der Bundesregierung vorgeschlagene Standard-Abstand von 1.000 Meter ist für Betroffene ein Minimalwert. In Bayern sind 10H vorgeschrieben, also das Zehnfache der Windradhöhe. Und das haben sich die Bayern auch nicht wegverhandeln lassen. Wenn man sich bewusst macht, dass heutige Anlagen rund 250 Meter hoch sind, dann müsste ein sinnvoller Abstand von der Wohnbebauung 2.500 Meter betragen.

- 250 Meter Höhe und das mit rotierenden Flügeln, die eine Fläche von zwei Fußballfeldern überstreichen, zerstören das Landschaftsbild und damit ein Stück dessen, was wir gemeinhin mit "Heimat, Ruhe und Erholung" zu beschreiben versuchen.
- 250 Meter Höhe mit rotierenden Flügeln entfalten bei nur 1.000 Metern Abstand zwangsläufig eine optisch bedrückende Wirkung, wie sie im §35 BauGB und in höchstrichterlichen Urteilen genannt wird.
- 250 Meter und rotierende Flügel führen je nach Positionierung der Windgiganten zu einem Schattenschlag, der bei den betroffenen Menschen psychische Störungen auslösen kann.
- 250 Meter und eine Gondel mit Generatorgetriebe so groß wie ein Einfamilienhaus erzeugen je nach Windgeschwindigkeit eine Lärmkulisse, die für viele Menschen unerträglich ist.
- 250 Meter und 160 Meter große Rotoren erzeugen im Luftstrom, aber auch über den Windrad-Turm und das Fundament einen weitreichenden, nicht mit dem Ohr wahrnehmbaren Infraschall, dessen Schalldruck und Charakteristik bei 20-30% der Betroffenen diverse Organ- und Gehirnerkrankungen hervorruft.
- 250 Meter und Rotoren, deren Material (GFK und noch schlimmer: CFK) im Brandfall und bei Verschrottung der Anlage extrem umweltschädliche Folgen bereits gezeigt hat, lassen befürchten, dass in Zukunft eine zunehmende Kontamination von Teil-Landschaften mit gesundheitlich hochkritischen Kohlefasern zu erwarten ist. Eine Belastung für Mensch und Natur, deren Konsequenzen derzeit kein Verantwortlicher laut diskutieren will.

Unter dem Aspekt solcher Belastungen stellen die rein gewinnorientierten Maximalforderungen der Windkraftlobby nach einer weiteren Absenkung der Mindestabstände und einer deutlichen Einschränkung des Naturschutzes ein Verhaltensmuster dar, das jede demokratische und soziale Verantwortung vermissen lässt. Gegenwind-Saarland fordert daher die Landesregierung, den Bundeswirtschaftsminister und die Bundesumweltministerin auf, sich durch die aktuellen Einschüchterungsversuche im Wild-West-Stil nicht beeindrucken zu lassen.

**Wenn in Deutschland
eine 10H-Regelung nicht machbar ist,
dann ist Deutschland für diese Energiewende
schlicht das falsche Land!**

Jacob Fuhrmann

Sprecher von Gegenwind-Saarland